

**Informationen des  
Bildungsringes „Europa MV“  
des Landesverbandes der Europa-Union  
Mecklenburg-Vorpommern  
Nr. 4/2023 (Nr. 92)  
Redaktionsschluss: 31. 10. 2023**

# Inhalt

Editorial	3
<u>Teil I: Informationen vom Bildungsring „Europa“</u>	
„Uneingeschränkte Solidarität“ - Christian Moos - Generalsekretär der EUD	4
Europäische Bewegung Deutschlands zum Europäischen Wettbewerb	5
Kurze Information vom 66. Bundeskongress der EUD 14./15.10.2023	6
„Regierung will bei der politischen Bildung kürzen.“ - Gewerkschaft ver.di	7
„Flüchtlinge - Frömde inne EU“ - Behrend Böckmann, Kirch Rosin	9
Was bedeutet der VI. Bundeskongress der Gewerkschaft ver.di für die politische Bildungsarbeit unseres Bildungsringes?	13
Aus der Serie „Das politische Buch“ (7):	14
- Bernhard Schircks: „Ohne Ideologie zu mehr Frieden“	
- Florence Gaug: „Zukunft. Eine Bedienanleitung.“	
- Christoph und Sophie Schönberg: „Die Reichsbürger. Ermächtigungsversuche einer gespenstischen Bewegung.“	
Zu den Wahlen in Polen vom 15. 10. 2023	16
<u>Teil II: Informationen aus dem Trägerverein Landesverband der EUD-MV</u>	
Informationen von der Landesversammlung 2023	17
Bericht vom Landeseminar der EUD Mecklenburg Vorpommern 2023	18

## Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser, die Welt scheint aus den Fugen zu geraten, zumindest beginnt sie zu taumeln.

Neben allen anderen Krisen ragen heraus:

- der schon langandauernde Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine,
- die Vertreibung der Armenier aus Bergkarabach durch Aserbaidschan,
- der Überfall der Hamas auf Israel.

Diese völkerrechtswidrigen Aktionen bedrohen den Weltfrieden aufs äußerste. Alle demokratischen politischen Kräfte sind aufgefordert, ihren aktiven Beitrag zur Beendigung inhumaner Verbrechen zu leisten. Auch die Europäische Union braucht geschlossenes Handeln, um zur Konfliktlösung beitragen zu können.

Als ein starkes Zeichen proeuropäischer Entwicklungen ragt das Ergebnis der polnischen Parlamentswahlen heraus, das auch für unsere deutsch-polnischen Aktivitäten eine erweiterte Perspektive setzt.

Besonders bedeutsam für die aktuelle politische Arbeit und Weiterbildung unseres Bildungsring scheint mir die Auseinandersetzung mit dem wachsenden Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland zu sein. Sollten wir in einer solchen Situation nicht auch den Kontakt zu den jüdischen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern suchen, um unseren politischen Bildungsveranstaltungen eine neue, kräftige Farbe hinzuzufügen?

Angesichts von staatlichen Bestrebungen, bei den Fördermittel für die politische Bildung den Rotstift anzusetzen, halte ich es für ein wirksames, unterstützendes Mittel, die Bemühungen der Gewerkschaft ver.di und ihres Bereiches „Gewerkschaftspolitische Bildung“ aufzugreifen, die sich auf den im September 2023 durchgeführten 6. Bundeskongress von ver.di gezeigt haben. Es ist sicher möglich, unsere bestehenden Kontakte zum Gewerkschaftsbereich Neubrandenburg-Greifswald zu intensivieren.

Wie in den letzten Heften schon mehrfach praktiziert, setzten wir auch die von unseren Lesern angenommene und anerkannte Orientierung auf neue Veröffentlichungen fort, die für die politischen Bildung aktuell von besonderer Bedeutung sein können, für die eigene Orientierung und für Diskussionen und Veranstaltungen unseres Bildungsringes und seiner Kreisverbände.

Und schließlich informieren wir über das diesjährigen Landesseminals und die Landesversammlung 2023.

Viel Erfolg in unserer gemeinsamen europäischen Arbeit wünscht Ihnen

*Prof. Dr. Joachim Gasielki, Ehrenvorsitzender des Landesverbandes EUD-MV*

## Teil 1

### Informationen vom Bildungsring „Europa“

#### Uneingeschränkte Solidarität

*„Die überparteiliche Europa-Union Deutschland ist entsetzt über die unbeschreiblichen Gräueltaten der Hamas. Dieser Angriff auf Israel bedeutet für das Land und seine Menschen existenzielle Gefahr. Das Regime in Teheran, das die Hamas und die Hisbollah sowie weitere islamistische Terrororganisationen unterstützt, hat wiederholt von höchster Stelle erklärt, Israel auslöschen zu wollen. Wir stehen solidarisch zu Israel und den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland und Europa. Jede Form des Antisemitismus muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entschieden bekämpft werden.*

*Wir hoffen, dass es zu keinem Flächenbrand kommt, zu keinen weiteren unschuldigen Opfern. Israel hat aber das Recht zur Selbstverteidigung und Deutschland die Pflicht, Israel über Solidaritätsbekundungen hinaus zur Seite zu stehen. Bei alledem wird ein wichtiger Beitrag Deutschlands sein, seine Iranpolitik unverzüglich neu zu justieren. Iran ist der Terrorpate. Iran ist von zentraler Bedeutung auch für die Angriffsfähigkeit Russlands trotz der internationalen Sanktionen. Jetzt auf Israel zu schauen, heißt also nicht, die Ukraine aus dem Blick zu verlieren.“*

(Christian Moos, Generalsekretär der EUD, 11.10.2023)

# Europäische Bewegung Deutschland zum Europäischen Wettbewerb

## Neues Schuljahr, neue Runde: Europa (un)limited!

Der Europäische Wettbewerb ist in seine 71. Runde gestartet

„Natürlich wollen wir Ihnen unseren Europäischen Wettbewerb wärmstens ans Herz legen, der unter dem Titel „Europa (un)limited“ Grenzen in zahlreichen Facetten thematisiert. Die Brisanz durch die aktuelle Debatte um Binnengrenzkontrollen ist uns keineswegs recht, zeigt aber eines: Es ist wichtig, die Stimmen der jungen Menschen zu hören und sichtbar zu machen! Unser Wettbewerb bietet die Plattform.

### Außerdem steht in acht Monaten die Europawahl an.

Die Sonderaufgabe des diesjährigen Europäischen Wettbewerbs – offen auch für ganze Klassen und alle Altersstufen – dreht sich um die Europawahl 2024. Erstmals in Deutschland werden auch 16- und 17-Jährige an die Wahlurne gebeten. Beim Wettbewerb einreichen können Schülerinnen und Schüler Projekte, Aktionen und Ideen, mit denen sie sich für die Europawahl einsetzen und Europa mitgestalten.

**Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern unterstützt seit vielen Jahren den Europäischen Wettbewerb an den Schulen unseres Bundeslandes. Wir werden uns auch in diesem Schuljahr daran beteiligen. Wir stehen für einzelne Veranstaltungen mit Schülern in den Oberklassen zur Verfügung, wir wirken in der Jury des Wettbewerbs mit, wir stellen einige Preise für die Gewinner zu Verfügung! Wenden Sie sich an die Geschäftsstelle unseres Landesverbandes!**



## Kurze Informationen vom 66. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland am 14./15.10.2023 in Halle (Saale)

Der Bundeskongress 2023 hat die Weichen für die weitere Arbeit des Bundesverbandes gestellt:

Als inhaltliche Schwerpunkte wurden hervorgehoben:

- Die Vorbereitung auf die Europawahl 2024 im Rahmen der schon traditionellen Europawahl-Kampagne, die von der EUD und ihrem Jugendverband JEF vorbereitet wird, ist die herausragende Aufgabe.
- Es gilt dabei, eigenständige Beiträge zur Eindämmung extremistischer Bewegungen und Parteien zu leisten und den Feinden der Demokratie prinzipienfest mit klarer Haltung entgegenzutreten.
- Nachdrücklich muss auch weiterhin die Einberufung eines EUKonvents zur Zukunft der Europäischen Union gefordert und konkret die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in den verbliebenen Politikfeldern angestrebt werden.

***Damit sind auch richtungweisende Ansätze für die Initiativen und Veranstaltungen unseres Landesverbandes und seines Bildungsringes „Europa“ gegeben.***

**„Regierung will bei politischer Bildung kürzen.  
Aber Demokratie muss gelernt werden“**

Ver.di - die „Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft“ - ist die zweitgrößte deutsche Gewerkschaftsorganisation. Im Bereich von ver.di Neubrandenburg-Greifswald betätigen sich Mitglieder unseres Landesverbandes seit Jahren mit Beiträgen zur politischen Bildung. Unser Mitglied Dr. Miers ist ein aktives Mitglied von ver.di bei der Seniorenarbeit. Gerade für unsere politische Bildungsarbeit ist die Zusammenarbeit mit ver.di von besonderer Bedeutung. Höchst aktuell stimmen unsere Interessen darin überein, dem Vorhaben der Bundesregierung, Fördergelder für die politische Bildung bis zu 25 % zu kürzen, entgegenzutreten. Wir stellen Ihnen Auszüge aus einem Kommentar von Andreas Michelbrink, Geschäftsführer der ver.di GPB (Gewerkschaftspolitische Bildung) vor, mit dem wir voll übereinstimmen.

„Politische Bildung ist die Einladung an Menschen, sich demokratisch zu beteiligen. Politische Bildung eröffnet die Möglichkeit, wissenschaftliche und gesellschaftliche Erkenntnisse so zu übersetzen, dass alle Menschen sich kritisch mit Themen unserer Gesellschaft auseinandersetzen und begehbare Wege für die Fragen, wie wir zukünftig leben und arbeiten wollen, diskutieren können. Politische Bildung stärkt und schützt Demokratie.

Die Bundesregierung will nun die Förderung für Angebote zur politischen Bildung der vielfältigen Bildungsträger um 20 Millionen Euro kürzen, obwohl im Koalitionsvertrag ein Ausbau der Projektmittel versprochen wurde. ...

In Zeiten von wachsendem Rechtsextremismus und Klimawandel braucht es nicht weniger, sondern mehr Förderung, um Menschen für die gemeinsame Gestaltung von Zukunft zu gewinnen. ... Wer bei Bildung spart, setzt falsche Prioritäten und schließt Menschen von politischen Beteiligungsprozessen aus.

Dies befördert eine weitere Spaltung des Landes. Politische Bildung ist nicht neutral. Sie bezieht Position für die Grundwerte unserer Gesellschaft, für Gerechtigkeit und für Solidarität. Politische Bildung ist keine Option, sondern eine Verpflichtung, die sich aus unserer Geschichte ableitet und sich auf die allgemeine Erklärung der Menschenrechte und unser Grundgesetz bezieht. ...

Wer Demokratie als reine Legitimation von Herrschaft sieht, in der durch Wahlen Mehrheits- bzw. Machtverhältnisse geschaffen werden, der kann auf politische Bildung verzichten. Wer jedoch in der Demokratie eine Einladung zur Gestaltung der Gesellschaft sieht, der muss die politische Bildung stärken und ausbauen.

Politische Bildung ist ein Dauerauftrag. ... Politische Bildung braucht eine Regelförderung.

Politische Bildung ist kein Reparaturbetrieb. Politische Bildung braucht eine verlässliche Förderung und sollte nicht als Feuerwehr gegen Extremismus missverstanden werden. Es geht nicht um einen defizitären Blick auf den Menschen, sondern darum, Menschen zu befähigen, sich demokratisch einzumischen und zu handeln. Es geht darum, eine klare Haltung zu entwickeln, die eigenen Interessen zu erkennen und einzubringen, sie solidarisch zu bündeln und einzuüben, wie wir Gesellschaft gestalten wollen.

Politische Bildung sollte eine Normalität in unserer Gesellschaft sein und über ein Demokratieförderungsgesetz eine ausreichend finanzierte Regelförderung erhalten ... Denn wie es schon Oskar Negt schrieb, ist Demokratie die einzige Staatsform, die gelernt werden muss.“

(In: ver.di public, Nr. 6/2023)

*Unser Landesverband kämpft seit Jahren gegen den Rückgang der Förderung politischer Bildung auch in Mecklenburg-Vorpommern. Wir sollten neben dem Kontakt mit den anderen Trägern politischer Bildung in unserem Bundesland auch den Schulterschluss mit der Gewerkschaft ver.di und ihrem Bereich Gewerkschaftspolitische Bildung nutzen!*



## **Flüchtlinge – Frömde inne EU (Behrend Böckmann, Kirch Rosin)**

Dei Bibel bericht all, dat Abraham wägen 'n Hungersnot sien Heimat verlâten möst un nå Ägypten utwannert, dat dat sienen Soehn Isaak nich anners güng un as hei in't Philisterland tau wat kâmen wier, wûr hei schasst. Un Jakob as Soehn von Isaak môt Rietut nähmen, as anner dat up sien Läben afseihn harrn. Moses neiht inne Wüst ut, nådem hei 'n ägypt'schen Upseiher dod schlööch, dei 'n häbrä'schen Slawen malträtiert harr. Un sülfst dat Jesuskind is up'e Flucht nå Ägypten, nådem König Herodes Order geef, all dei lütten Jungs bet taun Öller von twei Johr dod tau måken, denn sei können em as dei ankündigt Messias taun Gefohr warden. 1855 gifft John Brinckman in sien „Fastelabenspredigt för Jehann, de nah Amerika furt will“ denn Rat „Jehann, blif hier – blif hier Jehann! Wat wist du in Amerika!“ Von Johannes Gillhoff kümmt 1917 dei Roman „Jürnjakob Swehn der Amerikafahrer“ rut un vertellt ward dei Geschichte von äben dissen Jörn Jakob, dei in sien Not 1886 nå Amrika utwannert, üm 'n niege Existenz uptubugen. Mien Tante Martha ut Dithmarschen friecht 1928, wannert ut un lannt mit ehrn Mann as Frömde in Chicago. 1944/45 möten sik 14 Milljonen Düütsche ut Ostprussen, Pommern un Schlesien up'n Wech nå'n Westen måken un finnen kein Upnâhm, as dat hüt för Frömde Gang un Geef is. Bâten bâder hemm' dat dei 2,8 Milljonen Minschen, dei ut'e SBZ/DDR utneigen un inne BRD as Frömde ankeemen un upnâhmen wûrn. As 2015 mihr as 800.000 Frömde von anner Kontinenten in Düütschland Hüsung finnen wullen, säd Kanzlersch Merkel, ok wenn dat noch nie nich sovâl Frömde up 'n Schlach gâben harr: „Wi schaffen dat“ un nich „I hav a dream“ orrer „Yes, we can“. Dei Frömde keemen ut Kriegsrebeits in Syrien, Afghanistan, Irak, Pakistan un, un, un...

2022 dei neechste grote Anstorm: Mihr as twei Milljonen Frömde keemen nå Düütschland, dorünner gaut 'n Milljon ut'e Ukrain un äbensovâl Minschen ut anner Länner: ut Syrien, ut Afghanistan, ut'n Irak un.... Sei all möten versorcht warden. Dat heit, man môt dei välen Frömde minschengerecht ünnerbringen un versorgen, ehr Asylandrâech bearbeiten, dat Asylsystem taun Sozialsystem måken, Wâhnanlagen bewâken, Minnerjohrige tau Sied stâhn, Kranke taun Dokter bringen orrer anner bibögen, dat 'n Lihrgang Düütsch nötig is, wat dat in't Sozialamt un Jobcenter tau râgeln gifft usw....Nich ümmer is 'n sik inne EU enig, woans die Frömde tau behanneln sünd.

Un denn kâmen dei Frömde ut'e Ukrain, dei Schutz vör denn Krieg säuken, dei, wenn's 'n biometrischen Pass bi sik hemm' binâ as EU Börger behandelt warden. Sei kriegen 'n „Schutzstatus“, kœnen sik 90 Dâch un villicht noch länger åhn 'n „Aufenthaltsittel“ bi uns uphollen un sik frie twüschen Danzig un Lissabon bewâgen, åhn Asylverfohren Sozialleistungen instâken, Kinner inne Schaul un Spâlschaul (Kindergarten) schicken, ümsüss 'n Dokter upsäuken un furtsens up Arbeit gâhn... Un man is nåsichtig, denn dat is 'n ukrain'scher Wunsch, dat dat Land inne EU upnâhmen ward un dei EU-Länner wûnschen, dat dei Ukrain as dat gröttst Land in Europa NATO-Mitglied un Vörposten vör Putins Husdör ward. Dor môt kein Arger upkâmen. Mit mihr as 600.000 km<sup>2</sup> wier dei Ukrain denn dat gröttst EUland vör Frankriek un Düütschland un wûr mit sien Bevölkerung so üm 36 Milljonen denn Bevölkerungsverlust dörch 'n Brexit tau dei Hälft utglieken. Doch männigein frâcht sik, ob nich

die EU in Verbinnung mit't UN-Flüchtlingsswark inne Karpaten Låger upbugen künn, as dat Lager in Zaatari/Jordanien för 80.000 Syrer orrer dat in Azrag/Jordanien för 55.000 Minschen giff. Orrer nähmen wi dat Lager Dadaab/Kenia, wo 340.000 Minschen läben orrer dat allergröttst Lager up'e Welt in Kutupalang/ Bangladesch, wo ane Scher\*\* tau Myanmar rund 640.000 muslimische Rohingya läben. In'n Sudan un in'n Jemen läben dörch Krieg in jedet Land so ane 4 Milljonen Minschen as „Binnenfrömde“ in Notünnerbringungen. Ünner dei ukrain'schen Frömde in Düütschland sünd 67 % Frugens un 33 % Mannslüd. Un dorvon sünd nu wedder 346.000 Kinner un junge Lüd ünner 18 Jahr in'n Schaulpflichtöller. Un ünner dei ukrain'schen Mannslüd in Düütschland giff dat 220.000, dei för 3000 bei 15.000 Euros Schmergeld von'n Kriegsdeinst frie keemen. In all EU-Länner hollen sik up disse Oort 650.000 ukrain'sche Mannslüd up, die Selenskyj nu mit Interpol un internatschonale Haftorder as Kanonenfauder taurüch hålen will. Will hei Putin mit Hülp von'n Internatschonalen Gerichtshoff afstråfen, so sall Interpol dat för dei eigen Landslüd besorgen. Un war secht dei EU dortau? Österriek un Ungarn hemm' verkünnt, dat's dit Spill nich mitmåken. Un so is 'n sik inne EU all wedder uneins. Uneins is 'n sik ok, ob Frömde ut Georgien, Albanien, Nuurdmazedonien, Serbien un Moldau würlklich Frömde sünd, wenn disse Länner EU-Kannedaten sünd orrer warden willen. Süll man Minschen ut disse Länner as Asylanten upnåhmen? Dat is dei fråch. Sülfst „queer“ is kein Asylgrund, denn in all disse Länner sünd homoerotische Akscho- nen un Verbinnungen nich mihr stråfbor. Dat môt also dat düütsche „Asylsystem“ sien, dat inne Welt as besonnens gaut bekannt is, ok dorför, dat, wenn einer nich as Asylant orrer sylantin anerkannt ward, hei orrer sei sik doch noch våle Johren in Düütschland uphollen kann.

Kåmen wi noch eins up dei Frömde ut'e Ukrain taurüch. Dei Monatslohn belöppt sik inne Ukrain up 300 bet 500 Euros un ierst af't drüdde Kind giff dat dor 57 Euros Kinnergeld, in düütschland giff dat as Rågelsatz för die Grundsåkerung 502 Euros för'n utwussen Minschen un för jedet Kind 250 Euros un båbenup noch Tauschüss för Hüer un warme Wåhnung. Doch nich æwerall is man mit Frömde ut'e Ukrain so gaut Fründ as in Düütschland. Taun Bispill möten sik dei ukrain'schen Frömde in Tschechien „onleihn“ registriern låten, 'n Visum afhålen un tauhop läben. As Geld giff dat fief Månde 200 un dornå blot noch 130 Euros. In Österriek dörpen sik dei Ukrainer för'n bestimmte Tiet uphollen un hemm' mit dit „vorübergehende Aufenthaltsrecht“ dat Recht up Arbeit, Wåhnung, Billung, medzin'sche Versorgung, Grundsicherung un Fomiliengeld von 165 Euros pro Kind. För Schaulkinner giff dat in'n Jahr 200 Euros extra. In Ungarn kriegen Frömde ut'e Ukrain „vorübergehenden Schutz“ un ok 'n Arbeitserlaubnis. Sei warden „in Gemeinschaft“ ünnerebröcht un kriegen, solange sei noch kein Arbeit funnen hemm', 61 Euros un för Kinner 37 Euros in'n Månd up'e Hand. Sei kœnen ünner Ümstänn' ümssüss Bus un Båhn fohrn un dei Kinner kœnen in Ungarn tau Schaul un inne Spålschaul gåhn. In Rumänien möten Frömde ut'e Ukrain keinen Asylandrach stellen, kœnen kostenlos taun Dokter gåhn un ehr Kinner in'n Schaul schicken. För 'n Fomolie giff dat vier Månde lang 150 Euros för die Ünnerkunft un 120 Euros för dei Verpflegung. Wenn 'n Ukrainer inne Schwiez mit 'n SUV vörfohrt, üm Hülpgeller aftaufangen, denn môt von nu an tauierst sien Auto afsetzen. Nu gaut, dei Schwiez is nich inne EU un Düütschland will all dei annern EU-Maaten as Bispill gellen, wat propper wi Düütschen sünd. Æwerall wo Frömde ankåmen, dor kœnen's ehrn Ackerschnacker låden un Dank digitale Verbinnungen nå Tauhus posauen, dat's in'n Gorn Eden gaut ankåmen sünd, un wenn't gaut

geiht, dei iersten Euros sallen in söss bet acht Wäken in Somalia indräpen. Man kann sik as muslim'scher Frömder in Düütschland sogor upbömen, wenn't Schwienfleisch tau äten giff! Is Düütschland dormit Bispill orrer Spälverdarwer inne EU?

Ok Asylanten åhn witte Hut willen giern in Düütschland läben, doch dei warden nich so as dei Frömde ut'e Ukrain behandelt. Un dorunner sünd oft junge Kierls, för die Düütschland dei Urt is as dat Westberlin tau Tieden vonne Muer för Wehrpflichtige ut'e Bunnesrepublik wier, dei sülden dat bädere Läben säuken orrer gor in'n Updrach von ehr Fomilien „up Reisen“ gåhn, üm dat Œwerläben in'n Uurt an'n Äquator orrer an'n Wüstenrand mit por Euros tau ünnerstütten. Un disse jungen Lüd wannern dörch dei Sahara nå Lybien, warden dor von lybisch Schandarmen maltrahiert, finnen denn 'n „Schleuser“ un in'n Boot geht dei Fohrt af œwer't Middelmeeer in't Schlaraffenland „Europa“. Un denn kâmen's in'n Momang up Lampedusa an, gråd so as dei Frömde von'n asiatischen Kontinent vör 2020 œwer dei Ägäis up dei hellenistisch Insel Lesbos keemen. 12.000 Minschen läwten dor in't Camp Moria bet denn Föer lecht un dei Welt niegelich wör. Un wat måkt dei EU? Klauke Räden warden hollen œwer Frontex un œwer bäten Geld, üm för 2000 Minschen dat niege Camp Mavrovoun tau bugen. Dei gröttere Rest von dei välen Frömde ward up Festland bröcht un Hellas hett nu dei Malesch, sik œwer Johren henwech mit Asylandräch aftaurackern. Wenn dor dei Caritas nich helpen wör, denn wier dat Land mit dei EU upschmäten. Striet inne EU giff dat ümmer wedder œwer dei Upnåhm, dei Anerkennung, Versorgung, Rückkihr inne Herkunftslänner, Minschenihr un Dublin-Rågeln...Un Striet in Düütschland, woans man denn Asylantenstrom afwennen kann: Obergrenz för Migranten orrer wat sünd legale un wat sünd illegale Migranten, süll man weniger Taschengeld gäben un leiwers Worenschiens utgäben, wecker möt wedder taurüch un wecker dörp blieben, woans dei upgriepen, dei wedder taurüch sallen...Un wihrend in Düütschland diskutiert ward, hett Österriek dei Geldleistungen up 40 Euros rünnersett't un süh dor, up eins willen väl weniger Asylanten in Österriek läben. Nu sall Lybien väl Geld vonne EU kriegen, wenn dei lybisch Regierung dorför sorgen wör, dat dei Schleuser dat Handwerk lecht wör un Schläuserboote nich mihr in Richtung Italjen utloopen. Man will dissen Fluchtwech äbenso tau måken, as dat nå 2014 anne Stråt von Gibraltar passiert is, wo ok 40.000 Minschen ut Schwattafrika versöchten, œwern Tun in dei span'sch Besitzungen Ceuta und Melilla anne Küst von Marokko un so nå Europa tau kâmen. Doch Frontex keem hier dei Marokkaner tau Hülp un süh dor, dat is still worden œwer denn Fluchtwech Gibraltar. Un nåja, jedet EU-Land bestimmt för sik, woans sei Frömde ane Butenscher orrer ok Lannesscher mit eigen Schandarmen orrer Frontexbeamten gewaltsåm afweist un wedder dorhen schickt wo's herkeemen. Un dormit nich gliek jederein weit, dat dit nich ganz rechtens is, ward denn von „Pushback“ schnackt. Un jedet EU-Land bestimmt ok för sik, woans dei Minschenihr un dat Recht up Asyl so tau verbinnen sünd, dat die Frömde as Gliede ünner Glieken upnåhmen warden. Dat näumt sik denn „Integratschon vonne Migranten“. Un wedder giff dat Striet. Willen wi all die Frömde, dei ut wirtschaftlich Not tau uns kâmen, upnåhmen, orrer willen wi weck anlocken, dei denn Stellen up'n Arbeitsmarkt füllen. Dor ward palavert œwer Rückföhrung, Obergrenzen, Sach-orrer Geldleistungen, Frömdehass un Seenotreddung, „Schleierfahndung“ orrer ordinäre Grenzkontrollen, Integratschon un Afschreckung, Anlocken un Afwiesen, as EU orrer as Natschon hanneln, 'n utlännischen Dokter as Dokter orrer as Nachtpottschwenker instellen bet hei ornlich düütsch schnacken kann...

Man is inne EU wietaf von'n einig solidarisch Hanneln, wat denn Umgang mit Frömde angeiht. So hemm' polnisch Botschaften åhn wat aftauschnacken orrer inne EU bekannt tau måken, in Nich-EU-Länner dusende von Visa an Frömde vergåben, dei sik nu mit disse Visa in'n Schengenrum uphollen kœnen. Un taun annern kåmen œwer Polen dei illegalen Migranten ut Belarus nå Dũtschland. Un warden's vonne dũtsche Polizei entdeckt, denn weiten's, dat dat Wurt „Asyl“ dat Wurt is, ũm ierst mål in Dũtschland Upnahm tau finnen. Wo sallen's ok hen?

Orrer nåhmen wi die lũtten Insellånner Malta un Zypern in't Middelmeer. Zypern as lũttet Land klåcht, dat Månd fœr Månd bet tau dusend Frömde as Asylanten œwer dei Libanon-Route up'e Insel kåmen, mihr, as Cypern upnåhmen kann. Nich anners is dat up Malta, dat noch lũtter as Zypern is. Allein 2023 hemm' sik bet 'n Austmånd all mihr as 57.800 Minschen œwer't Wåder up'n Wech nå Europa måkt. Dorbi sũnd 2.095 Minschen œwer Buurd gåhn un die Statistik tellt af 2014 bet hũt 27.845 Wåderdode, dorũnner ok våle Kinner. Un denn dei Tamtam mit dei Schåpen vonne Seenotreddung. Un denn besinnt man sik, dat dei Tũrkei af 2015 so rund 9,5 Milljarden Euros vonne EU kreech, dormit dei Frœmden nich utheihn. Un so reisen denn Ursula von der Leyen as Ratspråsidentin mit mit dei italjån'sche Ministerpråsidentin Giorgia Meloni un denn nedderlån'schen Ministerpråsidenten Mark Rutte nå Tunesien un willen mit Euros Tunesien dorfœr winnen, denn Taustrom von Frömde tau ũnnerbinnen, doch mit 47 Milljonen Euros fœr'n Grenzschutz is Tunesien in'n Vergliek mit dei Tũrkei nich taufråden. Un dei 1,9 Milljarden, dei man Tunesien gåben will, wenn's denn die un anner Reform måken, schlœcht Tunesien as „Diktat von'n IWF“ ut. Wat daun? Un kũnn Tunesien taugriepen un kein Boot leep mihr, denn keem man nich mihr so licht nå Lampedusa. So kũmmt dat in'n September 2023 taun Massenflucht un bi gaudet Wåder setten 120 Boote in Richtung Lampedusa af un mit'n Schlach kåmen so ũm 8000 Frömde up dei Insel, wo dat blot 'n Lager fœr 600 Minschen gifft. Taustånn' as einst vœr't Sũnnenrosenhus in RostockLichtenhagen sũnd dorgågen nix. Wohent mit dei vålen Asylanten? Dei sũnd ja in Italjen ankåmen, also rũnner vonne Insel un af up't Festland. Woans warden's ũmmer dei EU-Lånner verdeilt? Dũtschland will Italjen noch wedder dei updrũcken, dei klammheimlich un gågen Dublinvœrschriften bi uns Hũsung finnen wullen. Orrer wiern dor ũnner ũmstånn' weck an't Wark, die dissen Migrantentaulop organisiert hemm', ũm Meloni as rechte Poletikersch tau schåden, denn sei harr ja mit 'n gerechte Migratschon Wåhlkampf måkt un ok dormit wunnen. Un nu disse Maless! Meloni verlangt vonne EU, dat's nu endlich hanneln mœt, denn 130.000 sũnd all 2023 Italjen ankåmen un dat kœnen noch vål mihr kåmen. Italjen fœddert von Asylanten, dei in Wũrklichkeit kein Recht up Asyl hemm', dat's 'n Kautschon von bummelig 5000 Euros pråt hollen, sotauseggen as Gågenleistung fœr einen Månd ũnnerkunft un Utreis inne Heimat.

Dat dũtsche rod-gål-gråune Triumvirat is fienfåhlig un will noch Anverwandte in't Land hålen, œwer dat gifft ok Gågenstimmen, nich unnœdig Geld fœr Migranten åhn Asylanrecht œwer Johren henwech utgåben, sonnern leiwers disse Geller fœr Entwicklungshũlp intausetten. Un månnigein denkt so orrer so an 1989, as bet tau 4000 Minschen ut'e DDR in't Palåh Lobkowicz un in'n Gorn von't Palåh tau Prag Tauflucht sœcht hemm', ũm œwer dei westdũtsche Botschaft in'n Westen uttaureisen un tau glieken Tiet 50.000 DDR-Bœrger œwer Ungarn inne BRD „utreisen“.

\*\* Scher – plattdeutsch fœr Grenze

## **Was bedeutet der VI. Bundeskongress der Gewerkschaft ver.di für die politische Bildungsarbeit unseres Bildungsringes?**

Der VI. Bundeskongress der Gewerkschaft ver.di vom September 2023 hat in besonderer Weise gezeigt, wie wir aus der Arbeit einer Gewerkschaft inhaltliche Schlussfolgerungen für unsere Tätigkeit im Bildungsring „Europa“ ziehen können. Eine Gewerkschaft hat „das Ohr an den Menschen“, greift gesellschaftliche Probleme auf und versucht, die Politik zum stärkeren Handeln im Interesse der Menschen anzuregen. Orientieren wir uns dabei in unseren Veranstaltungen an notwendigen Themen der Zeit, dann befinden wir uns im Zentrum des politischen Geschehens.

Herausragen dabei besonders die folgenden inhaltlichen Anregungen:

1. Der Kampf gegen rechte Ideologie in all ihren Formen aus Sorge um Gefährdungen der Demokratie ist und bleibt ein Schwerpunkt politischer Bildung.
2. Im Zusammenhang mit der Verurteilung der heute in verschiedenen Teilen der Welt verwirklichten Angriffskriege bleibt der Wunsch nach Frieden in Europa und der ganzen Welt, den es vielfältig zu thematisieren gilt.
3. Dieses Thema schließt in der öffentlichkeitsrelevanten gewerkschaftlichen Arbeit auch mit ein, dass man gegen eine Politik auftreten muss, die - so formulierte es der Vorsitzende von ver.di, Frank Werneke - neben dem beschlossenen Klimafonds einseitig in militärischen Kategorien denkt und „Sondervermögen“ nur für Militärausgaben beschließt, während, so Werneke, andere Bereiche leer ausgehen: „Aber wenn 100 Milliarden Euro an Sondervermögen für die Bundeswehr möglich sind, dann muss es doch möglich sein, im gleichen Umfang auch Sondervermögen für Bildung, für Gesundheit, für Wohnen und für Verkehrswende zur Verfügung zu stellen.“
4. Ein vierter thematischer Bereich berührt den Interessentenkreis, den wir besonders ansprechen können, die älteren Bürger, um die Diskussionen zu politischen Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung in Deutschland zu verstärken.

**Wir haben in den Formaten politischer Bildung, die wir im Bildungsring einsetzen, ausreichend Spielraum für wesentliche gesellschaftliche Probleme.**

(Joachim Gasiiecki)

## Aus der Serie „Das politische Buch“ (7)

### (I) BERNHARD SCHIRCKS: „Ohne Ideologien zu mehr Frieden“

Ein interessantes, zum Denken anregendes, auch Widerspruch herausforderndes Buch. Kann eine direkte Demokratien vor ideologischen Scheuklappen schützen? Gesellschaftliche Verhältnisse sind auch immer Machtverhältnisse? Kommen Machtverhältnisse ohne einen ideologischen Hintergrund aus? Auch Religionen sind dem Wesen nach Ideologien. Sind Religionen ohne ihren weltanschaulich-ideologischen Gehalt überhaupt denkbar? Diese und andere Fragen der Gesellschaftsentwicklung versucht dieses Buch zu beantworten. Man kann auch sein eigenes Denken mit ihm überprüfen.

#### Aus Abschnitt 1 des Buches: **Ideologien**

*„Können wir ohne Ideologien leben?*

*Gibt es gute und schlechte Ideologien?*

*Sozialismus, Kommunismus, Kapitalismus, Nationalismus: Diese Begriffe sind für mich alle negativ besetzt. Aber auch die monotheistischen Religionen ... sind eine Art von Ideologie. Alle diese Ideologien haben furchtbares Elend über die Menschheit gebracht.*

*Es ist Zeit, dass wir ohne Ideologien leben und pragmatische Lösungen für das Zusammenleben suchen. Alle Ideologien beanspruchen das Monopol auf die Wahrheit. Darum können Menschen mit verschiedenen Ideologien nie friedlich miteinander leben.*

*Auch kann ein überzeugter Ideologe nie ein guter Demokrat sein, denn er ist der Wahrheit seiner Ideologie mehr verpflichtet als den Regeln der Demokratie. Viele Leute mit einer abgeschwächten Form des Sozialismus erkennen nicht, dass sie Anhänger einer Ideologie sind. Diese Form des Sozialismus ist heute in den entwickelten Ländern die am weitesten verbreitete Ideologie. Ich nenne sie die rosarote Ideologie.*

*Wie lange können die heute vorherrschenden Ideologien noch überleben? ...*

*Ist es erlaubt, Kinder so zu indoktrinieren, dass sie sich nur nach jahrelangen inneren Konflikten von den anezogenen Fesseln lösen zu können?“ (2021, Zug/Schweiz.*

#####

## **(II) FLORENCE GAUB: „Zukunft. Eine Bedienanleitung.“**

Aus Rezensionen:

Selten war die Zukunft mit so vielen und großen Unsicherheiten behaftet wie heute. Aber: „Der Mensch ist das Wesen, das die Fähigkeit hat, sich die Zukunft so detailliert vorzustellen, dass es sie erschaffen kann“, schreibt Florence Gaub, und das ist in diesen Monaten eine Nachricht voll Hoffnung.

Denn selten war die Zukunft mit so vielen und großen Unsicherheiten behaftet wie heute: Krieg, Klima, Inflation ...

Florence Gaub zeigt mit Beispielen aus Neurowissenschaften, Psychologie, Philosophie und der Geschichte, wie der Mensch die »Zukunft« imaginiert, konstruiert und real erschafft.

Ein Big Idea Book auf Basis von Neurowissenschaften, Psychologie und Philosophie: »Florence Gaub ist eine der fundiertesten Stimmen im Wissenschaftsbetrieb der Bundesrepublik.«

####

## **(III) SCHÖNBERGER, CHRISTOPH UND SOPHIE:**

**„Die Reichsbürger. Ermächtigungsversuche einer gespenstischen Bewegung.“**

Aus einem Text zum Buch:

„Mit ihren Grundsatzzweifeln am Rechtssystem legten Reichsbürger noch dazu den ‚fragilen Kern‘ jeder Rechtsordnung frei: Es gibt keine Naturgesetze, die sie definieren würden. Sie werde einzig getragen vom kollektiven Vertrauen einer Gesellschaft, dass das eben die Regeln sind, die das Zusammenleben ordnen. Und genau an diesem Vertrauen säen die Reichsbürger Zweifel. Sie sind da nicht die einzigen, auch die AfD und Querdenker sind gut darin. Gerade in diesen beiden Milieus finden sich immer häufiger auch Reichsbürger-Thesen wieder. Insofern ist der Diagnose des Autorenduos unbedingt zuzustimmen: "Konkrete gewaltsame Umsturzpläne wie den versuchten Staatsstreich der 'Patriotischen Union' abzuwehren, fällt dem Staat deutlich leichter, als der schleichenden Delegitimierung zu begegnen, die vom größten Teil der Reichsbürgerszene ausgeht. Dafür fehlen dem Staat bisher die Ideen.“

####

## **Zu den Wahlen in Polen am 15. 10. 2023**

Es gibt gar keinen Zweifel daran, dass die Wahlen, die in Polen stattgefunden haben, von großer Bedeutung nicht nur für Polen, sondern für die gesamte Europäische Union sind. Auch die Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses wird durch sie beeinflusst. Das wiederum wirkt sich auch auf die Zusammenarbeit und die grenzüberschreitenden Beziehungen unseres Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern mit Polen aus. Vielfach wurde diese Wahl als „Schicksalswahl über die Zukunft Polens als Demokratie und Rechtsstaat“ angesehen.

Nun steht das Ergebnis fest: Die PiS, die nationalkonservative „Partei und Gerechtigkeit“, wurde die stärkste Einzelpartei. Aber für das Wahlbündnis „Vereinigte Rechte“ reichen die erhaltenen Stimmen nicht aus, um die Regierungsbildung in die Hand nehmen zu können. Der bisherige Oppositionsführer Ronald Tusk wird diese Aufgabe mit seiner liberalkonservativen Bürgerplattform (PO) und der von ihm angeführten Bürgerkoalition (KO) übernehmen können.

Die liberalen und demokratischen Kräfte in Polen haben sich durchgesetzt und können jubeln: „Polen hat gewonnen, die Demokratie hat gewonnen.“ - „Polen kommt nach Europa zurück!“

*Die nun beginnende Weiterentwicklung im europäischen Sinn in Polen wird auch unseren EUD-Landesverband Ansporn sein, unsere Beziehungen zu demokratisch-europäischen Partnern in den polnischen Nachbarregionen zu intensivieren. Wir freuen uns auf das noch in diesem Jahr zu realisierende Deutsch-Polnische Seminar, mit dem der Weg zu weiteren Kontakten und gemeinsamen Veranstaltungen geebnet wird.*



## Teil II Informationen aus dem Trägerverein Landesverband der EUD in MV

---

### Informationen von der Landesversammlung 2023

Nach der durch die Coronapandemie notwendigen Veranstaltungspause fand nun am 07.10.2023 in der Europäischen Akademie in Waren/Müritz die Landesversammlung 2023 statt.

Der Vorsitzende Prof. Dr. Robert Northoff, MdL, eröffnete die Versammlung, die von Ralf-Peter Hässelbarth protokolliert wurde. Der den Teilnehmern schriftlich vorliegende Bericht des Landesvorstandes über die zurückgelegte Arbeitsperiode wurde diskutiert und einstimmig bestätigt, ebenso die Berichte des Schatzmeisters und der Kassen- und Rechnungsprüfer. Somit konnte der Landesvorstand einstimmig entlastet werden.

Im Ergebnis der satzungsgemäßen Wahlen des Landesverbandes wurden folgende Europafreunde durch die Mitgliederversammlung in die Organe des Landesverbandes gewählt:

Als Vorsitzender des Landesverbandes:

- Prof. Dr. Norbert Northoff, MdL

Als Stellvertretende Vorsitzende:

- Niklas Nienaß, MdEP

- Sabina Repp (gleichzeitig als Vertreterin der JEF in MV) - Karin Pingel

Als Beisitzer des Landesvorstandes:

- Martin Stein (gleichzeitig Schatzmeister)

- Frederic Werner

- Niels Gatzke - Fritz Rabe

Als Ehrenvorsitzender des Landesverbandes verbleibt Prof. Dr. Joachim Gasielki und als Ehrenmitglied des Landesvorstandes Reinhold Griesse (KV Rostock).

Als Delegierte für den Bundeskongress der EUD am 14./15. 10. 2023 wurden gewählt:

- Karin Pingel, KV Rostock

- Franziska Schulze, KV MSE (als Ersatzdelegierte)

Als Delegierte für den Bundesausschuss der EUD:

- Franziska Schulze
- Ralf-Peter Hässelbarth

Als Kassenprüfer des Landesverbandes:

- Axel Schöne, KV MSE
- Ralf-Peter Hässelbarth, KV MSE

Als Mitglieder des Schiedsausschusses des Landesverbandes:

- Ralf-Peter Hässelbarth
- Reiner Petrick
- Reinhard Piesch

Mit diesem Ergebnis der Landesversammlung 2023 wurde eine stabile Grundlage für die Arbeit des Landesverbandes und des Landesvorstands für die nächste Wahlperiode geschaffen.

---

## **Bericht vom Landesseminar der Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern 2023**

Das Landesseminar fand am 7. und 8. Oktober 2023 in den Räumen der Europäischen Akademie MV, Waren, Eldenholz statt und wurde hybrid durchgeführt.

Das Seminar stand in diesem Jahr unter dem Motto:

„Europa vor den Wahlen 2024 – Wie geht es weiter mit der EU?“

Nach der Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorsitzenden der Europa – Union Mecklenburg-Vorpommern, Herrn MdL Prof. Dr. Robert Northoff überbrachte die Ministerin für Wissenschaft, Kultur und für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Frau Ministerin und MdL Bettina Martin ein Grußwort, in dem sie die besondere Bedeutung der

Europa – Union und namentlich des Bildungsringes „Europa MV“ bei der Unterstützung der Vorbereitungen zur Europawahl 2024 ausdrücklich betonte.

Mit seinem Einführungsvortrag erörterte Herr Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte in Präsenz, früher Direktor der Europäischen Akademie Berlin, das Spitzenkandidat\*innenmodell der europäischen Parteienfamilie und stellte auch die Schwierigkeiten bei dessen Umsetzung dar.

Herr Prof. Dr. Wolfgang Muno von der Universität Rostock schaltete sich online aus Paris zu. Er ging auf die Notwendigkeit der Kompetenzerweiterungen für das Europäische Parlament ein, die zu einer deutlicheren demokratischeren Legitimation des EP führen müssen. Auch hier entspannte sich eine lebhafte Debatte.

Am Nachmittag des ersten Seminartages fand eine interessante Podiumsdiskussion mit den europapolitischen Sprecher\*innen der demokratischen Parteien des Landtages Mecklenburg-Vorpommern statt, die Prof. Dr. Stratenschulte sehr souverän moderierte.

Die vorgesehenen Workshops wurden im Anschluss zusammengelegt, weil es einen weiteren großen gemeinsamen Diskussionsbedarf gab. Hier spielten Fragen einer künftigen europäischen Sozialpolitik, die Auswirkungen des Brexit, Aspekte einer künftigen gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik u.a. eine zentrale Rolle. Heftig diskutiert wurden auch Rolle und Außenwirkung der Räte. Ähnlich dem Europäischen Parlament sollte auch bei den Entscheidungen der Räte mehr Transparenz und Offenheit erfolgen.

Den darauffolgenden Seminartag eröffnete Herr Prof. Dr. Jürgen Neyer, Europauniversität Viadrina Frankfurt (Oder), mit seinem Impulsreferat „Europa in der Zeitenwende - entstehende Großmacht oder politischer Zwerg“ die Debatte. In sehr lebendiger Form trug er die neuen Herausforderungen für die kommende Legislatur des EP und der anderen Organe der EU vor und stellte diese in die aktuellen geopolitischen Kontexte.

Anschließend trug MdB Dr. Gregor Gysi online seine europapolitischen Vorstellungen vor und betonte dabei den notwendigen gesellschaftlichen Einstellungswandel zu den Institutionen der EU gerade im Hinblick auf die Wahlumfragen in den ostdeutschen Ländern. Auch hier entspann sich im Anschluss eine lebhafte Debatte.

In seinem Abschlussvortrag „Perspektiven der EU nach den Wahlen 2024“ stellte Herr Prof. Dr. Stratenschulte Szenarien verschiedener europäischer Akteur\*innen für eine Rück- bzw. Weiterentwicklung der Europäischen Union vor. Darüber hinaus war auch die mögliche Finalisierung des europäischen Integrations- und Reformprozesses ein Thema, welches in der anschließenden Debatte auch heftig diskutiert wurde. Es kamen Fragen auf wie. „Brauchen wir eine Europäische Republik?“, „Was passiert, wenn mehr europaskeptische bis europakritische Parteien ins Europäische Parlament kommen?“, „Was wird aus der Zukunftskonferenz der EU?“, „Ist die Forderung der Europa-Union nach einem europäischen Bundesstaat überhaupt umsetzbar?“. Fragen über Fragen ...?

Sehr bewegend waren die Schilderungen eines ukrainischen Teilnehmers über seine persönlichen Erlebnisse seit dem Überfall Russlands auf sein Heimatland. In bewegenden Worten beschrieb er seine Erfahrungen, wenn sich plötzlich im Leben alles ändert durch dieses traumatische Ereignis, das viele Menschen so plötzlich und unverhofft traf, obwohl doch Russen und Ukrainer eigentlich gute Nachbarn waren.

Alle Teilnehmenden waren sich einig darüber, dass auch das diesjährige Seminar wieder sehr spannend war, viele neue Erkenntnisse gebracht hat und die Vorbereitungen zu den Wahlen zum Europäischen Parlament jetzt zügig und mit viel Verve in Angriff genommen werden müssen.

Der Europäischen Akademie MV sei für die Unterstützung bei der Durchführung des Landesseminars in besonderer Weise gedankt. Mit der bereitgestellten Technik war es möglich, dieses Seminar hybrid und in hoher Qualität durchzuführen.

Berichtersteller: Ralf-Peter Hässelbarth

## Impressum

**Herausgeber: Bildungsring „Europa MV“ des Landesverbandes der Europa-Union  
Mecklenburg-Vorpommern.**